

4733 Unterschriften für gute Arbeitsbedingungen

Kinder- und Jugendheime im Fokus

Begleitet von einer kleinen Aktion haben am 7. März 2024 Mitarbeiter*innen aus Kinder- und Jugendheimen gemeinsam mit Mitgliedern der Gewerkschaft VPOD, der kriso (plattform für kritische soziale arbeit) und des Berufsverbandes AvenirSocial die Petition für gute Arbeitsbedingungen in den Kinder- und Jugendheimen bei der Zürcher Bildungsdirektion eingereicht. 4733 Personen haben die Petition unterzeichnet – 40% von ihnen arbeiten oder arbeiteten selbst im stationären Bereich, in welchem die Arbeitsbedingungen prekär sind. Die Leidtragenden sind letztlich die mehrfach belasteten Kinder und Jugendlichen.

Lanciert wurde die Petition im November 2023 mit einem Pyjama-Rundlauf, bei dem Mitglieder des VPOD, von AvenirSocial und der kriso Institutionen besuchten, um den Mitarbeitenden, die den Bereitschaftsdienst leisten mussten, ein «Bettmüpfeli» als Anerkennung für ihre schon dutzende geleistete Gratisarbeit zu übergeben. Die vielen positiven Reaktionen auf die Besuche zeigten, dass die Petition eine Thematik aufgreift, die unter den Nägeln brennt.

Erzieher*innen sind von einem grossen Teil des Arbeitsgesetzes ausgenommen (siehe dazu Art. 3 lit. e ArG zum persönlichen Geltungsbereich), und deshalb gelten für sie u.a. die Schutzbestimmungen bezüglich Höchstarbeitszeiten, Ruhezeiten, Bereitschaftsdienst, Pausen usw. nicht. Viele Fachpersonen verlassen den Bereich ausgebrannt oder erschöpft und der Druck auf die verbleibenden Fachpersonen steigt. Institutionen suchen händeringend neue Mitarbeiter*innen – und dies in einer Situation, in welcher der Platzmangel in Heimen für die Kinder und Jugendlichen allgegenwärtig ist. Schlussendlich sind die Leidtragenden die bereits mehrfach belasteten Kinder und Jugendlichen. Diese Kinder und Jugendlichen sollen

für eine gesunde Entwicklung konstante und professionelle Bezugspersonen bekommen, die die emotionalen und körperlichen Ressourcen haben, sich auf die herausfordernde Lebenssituation sowie die intensiven Beziehungsdynamiken einlassen zu können.

Mit der Petition fordern der VPOD Zürich, die kriso Zürich und AvenirSocial von den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung im Kanton Zürich eine sofortige und nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Kinder- und Jugendheimen im Kanton Zürich! Das bedeutet insbesondere:

- verbindliche Vorgaben zur Einhaltung von Pausenregelungen (inkl. deren Bezahlung), zu Ruhezeiten und zu maximalen Dienstlängen.
- die Anrechnung von Bereitschaftsdienst vor Ort («Nachtpikett») als Arbeitszeit.
- eine angemessene Entschädigung für kurzfristiges Einspringen.
- einen fachlich begründeten Betreuungsschlüssel (mindestens 1:4) unter Einbezug der Mitarbeiter*innen.
- die Unterstützung von sozialpartnerschaftlich ausgehandelten Regelungen (im Rahmen von GAV).

Nun ist die Bildungsdirektion am Zug. Wir erwarten mehr als eine Bestätigung des Umstandes, dass die Arbeit in den Kinder- und Jugendheimen anspruchsvoll ist. **Wir wollen Verbesserungen!**

Aus der Medienmitteilung vom 7. März 2024



SGB zum Verhandlungsmandat mit der EU

Für eine soziale und offene Schweiz

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) setzt sich für eine soziale, offene Schweiz ein und anerkennt die grosse Bedeutung der Europäischen Union für die friedliche Entwicklung und Zusammenarbeit in Europa. Er unterstützt die Öffnung gegenüber der EU grundsätzlich. Das Ende des unwürdigen Saisonierstatuts und die Einführung der Personenfreizügigkeit mit wirksamen «Flankierenden Massnahmen» waren grosse Schritte für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen, für die die Gewerkschaft

ten gekämpft haben. Der SGB unterstützt Verhandlungen mit der EU zu den Bilateralen III, wenn die Löhne und der Service public gesichert sind. Der SGB vertritt den Standpunkt, dass beim Lohnschutz die Spesen, die Dienstleistungssperre und die Kautions – über die bereits ausgehandelten Ausnahmen im «Common understanding» hinaus – gesichert werden müssen. Diese Flankierenden Massnahmen müssen nicht nur von der Dynamisierung, sondern auch von der

Auslagerung Stadtspitäler verhindern

Für stabile und gute Arbeitsbedingungen

Städtische Parteien haben kürzlich Stellung bezogen zum Vorschlag des Stadtrats, die Stadtspitäler auszulagern. Die Gewerkschaft VPOD teilt das Nein von SP, Grüne und AL zu einer Auslagerung vollumfänglich.

Besonders angesichts des Pflerix – rund 400 Personen steigen aktuell monatlich aus den Pflegeberufen aus – und des grassierenden Fachkräftemangels braucht es zurzeit vor allem eines: stabile und gute Arbeitsbedingungen. Das Gesundheitspersonal hat in den vergangenen Jahren viel durchgemacht und signalisiert mit der hohen Berufsausstiegsquote, dass die Grenze des Erträglichen erreicht ist. Höchste Priorität muss deshalb nun sein, das bestehende Personal zu halten, wertzuschätzen und zu fördern. Nur so kann eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung gewährleistet werden.

Das Parlament der Stadt Zürich hat dies verstanden und nimmt seine grosse Verantwortung in Form einer umsichtigen demokratischen Kontrolle wahr. Diese demokratische

Kontrolle braucht es – im Zusammenspiel mit einer starken Sozialpartnerschaft auf Augenhöhe – weiterhin, um eine gute Gesundheitsversorgung zu gewährleisten und das Gesundheitspersonal zu halten.

Der VPOD spricht sich deshalb ebenfalls dezidiert gegen eine Auslagerung der Stadtspitäler aus. Das Gesundheitspersonal braucht keine Experimente, sondern gute Arbeitsbedingungen und noch bessere berufliche Perspektiven.

Elvira Wiegers, Regionalsekretärin VPOD Zürich



9 von 10 Spitälern sind defizitär – unabhängig von ihrer Rechtsform.

Vernehmlassung Stadt Zürich: Lohnnebenleistungen

Auf der Zielgeraden

Im Jahr 2015 in Aussicht gestellt, 2023 vom Gemeinderat beschlossen. Neue Lohnnebenleistungen sollen die Arbeitsplätze in der Stadt Zürich attraktiver machen. Die Vernehmlassung dauert bis Ende Mai – die VPOD-Mitglieder und -Gruppen können bis zum 24. Mai Anträge einreichen.

Gegenstand dieser Vorlage sind Lohnnebenleistungen der Stadt Zürich als Arbeitgeberin an ihre Angestellten. Unter diese sogenannten «Fringe Benefits» fallen finanzielle Beiträge oder Sachleistungen, die den Angestellten unabhängig von Funktion und Leistung – ganz oder teilweise – finanziert oder – kostenlos oder ermässigt – zur Verfügung gestellt werden. Der Stadtrat hat dem Gemeinderat mit Stadtratsbeschluss (STRB) Nr. 882/2022 beantragt, die städtischen Lohnnebenleistungen einheitlich zu regeln und gesetzlich zu verankern in der Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (Personalrecht [PR, AS 177.100]). Mit GRB Nr. 1941 vom 21. Juni 2023 (GR Nr. 2022/454) hat der Gemeinderat der Vorlage zugestimmt und

entsprechende Bestimmungen ins Personalrecht aufgenommen (die vom Stadtrat noch in Kraft gesetzt werden müssen, vgl. Kapitel 7).

Konkret will sich der Stadtrat an den Kosten für den öffentlichen Verkehr oder das Velo beteiligen, das die Mitarbeitenden für den Arbeitsweg benötigen, sie vergünstigt die städtische Infrastruktur nutzen lassen sowie die Autonomie der Dienstabteilungen in der Ausrichtung weiterer Leistungen einheitlich festlegen. Das hat er bereits vor 9 Jahren in Aussicht gestellt, nachdem er im Zuge der Finanzkrise einen Sparkurs beim Personal durchsetzte und dabei u.a. auch die vergünstigten Reka-Checks abschaffte. Jetzt lädt er die Departemente, Dienstabteilungen und Personalverbände zur Vernehmlassung ein, die bis zum 29. Mai 2024 dauert. Die Einführung ist per 1. Januar 2025 geplant – 10 Jahre nach der Ankündigung des Stadtrats und 11 Jahre, nachdem die VPOD-Gruppe der Wasserversorgung den Stein ins Rollen brachte.

Der Stadtrat schlägt vor, Lunch-Checks zu monatlich Fr. 100.– gemäss Vollpensum zu subventionieren, wenn sich die Mitarbeitenden mit Fr. 100.– beteiligen. Das heisst, für Fr. 100.– erhalten sie einen Gegenwert von Fr. 200.– in Lunch-Checks. Für die Mobilität bzw. die einfache Abwicklung der Fahrspesen können die Mitarbeitenden in einem Vollpensum jährlich Fr. 600.– beantragen, die sie in Form von Reka-Rail-Checks erhalten, um sich ein ZVV-Zone-110-Abo zu erwerben. Ausserdem sind der vergünstigte Zutritt zur städtischen Infrastruktur sowie weitere dezentrale Lohnnebenleistungen vorgesehen.

Die VPOD-Mitglieder- und Gruppen können bis Freitag, 24. Mai, im VPOD-Sekretariat (info@vpod-zh.ch) Vorschläge und Inputs einreichen.

Duri Beer, Regionalsekretär VPOD Zürich

Mehr Infos: <https://zuerich.vpod.ch/news/2024/fringe-benefits-fuer-staedtische-mitarbeitende/>

Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB)

Agenda

Mittwoch, 20. März, 9 Uhr
Verbandskommission Verkehr
Zürich, Volkshaus

Donnerstag, 21. März, 18 Uhr
GV VPOD VBZ-Gruppen
Zürich, VBZ Zentralwerkstatt

Dienstag, 26. März, 18.45 Uhr
Regionalvorstand VPOD Zürich
Zürich, Volkshaus

Donnerstag, 28. März, 9.30–17.00 Uhr
Pensionskasse – wie funktioniert das?
Zürich, Volkshaus

Mittwoch, 3. April, 9.00–17.30 Uhr
Das Arbeitszeitgesetz AZG für den ÖV
Bern, Hotel Bern

Freitag, 5. April, 14–17 Uhr
Geburt und Mutterschaft:
Was sind meine Rechte?
Zürich, Volkshaus

Dienstag, 9. April, 9.30–17.00 Uhr
Die Altersvorsorge der 1. und 2. Säule
Bern, Hotel Bern

Mittwoch, 10. April, 9.30–17.00 Uhr
Meine Arbeit in der Personalkommission
Bern, Hotel Bern

Dienstag, 13. April, 16 Uhr
Sektionsvorstand VPOD Stadt &
Institutionen
Zürich, Volkshaus

Erreichbarkeit des VPOD-Sekretariats
unter 044 295 30 00:
Montag–Donnerstag: 9–12 Uhr und 14–16 Uhr
Freitag: 9–12 Uhr

Schaltdienstleistungen (Reka-Checks usw.) sind auf Vereinbarung möglich. Kontaktaufnahme per Telefon oder Mail (info@vpod-zh.ch).

Beratungen finden auf Vereinbarung vor Ort oder am Telefon statt. Anfragen bitte direkt an Person oder an info@vpod-zh.ch.

Einladung Generalversammlung VBZ-Gruppen

Donnerstag, 21. März 2024/19 Uhr

VBZ Hauptgebäude Zentralwerkstatt Kantine

ab 18 Uhr Apéro

Gäste:

Tanja Lantz, Kampagnen & Aufbau VPOD/SSP
Stefan Giger, ehem. Generalsekretär VPOD/SSP

Refresh VPOD – aktiv & stark für gute Jobs!

Überall organisieren sich Mitarbeitende im Nah- und Fernverkehr gewerkschaftlich, kollektiv statt einzeln, wenn sie die Arbeitsbedingungen verbessern und gute Jobs erhalten wollen. Auch bei den VBZ.

Bestimme mit, welche Ziele wir verfolgen und welche Aktivitäten wir entwickeln, engagiere dich aktiv als Vertrauensperson und bilde dich kostenlos weiter. Komm an unsere Generalversammlung (GV) – wir brauchen frischen Wind – und vernetze dich mit deinen Kolleg*innen. Zum ersten Mal führen alle drei VPOD-Gruppen «Instandhaltung/Technik», «Fahrdienst» und «Ereignismanagement» ihre GV gemeinsam durch.

Traktandenliste

1. Begrüssung und Traktandenliste
2. Protokolle (Tischvorlagen)
3. Jahresbericht der Präsidien 2023/24 u. a. (Tischvorlagen)
4. Nomination und Wahlen des Verkehrsbetriebe-Vorstandes 2023/24 (Beilage)
5. Ehrungen und Verabschiedungen
6. Verschiedenes: Ausblick

Wir empfehlen die Teilnahme an Movendo-Weiterbildungs-Kursen für Chauffeusen und Chauffeure, die durch die asa anerkannt sind: z. B. «Einführung in das Arbeitszeitgesetz», «Aggressionen im öffentlichen Dienst» oder «Umgang mit Konflikten am Arbeitsplatz». Du kannst in der Regel einen Kurs pro Jahr auf Kosten des VPOD besuchen (www.movendo.ch). Auch 2024 erhältst du für jedes neue Mitglied, das du überzeugen konntest, eine Prämie von Fr. 100.–.



Prämien runter, Löhne rauf! VBZ-Gewerkschafter im Herbst 2023.

Bild: VPOD Zürich

Aus dem Stadtrat

Der Stadtrat hat die Ausgaben von 6,4 Mio. Franken für neue mobile Geräte für die VBZ-Mitarbeitenden genehmigt – der Bedarf wächst stetig an. Alle Fahrdienstmitarbeitenden sind schon länger mit Tablets ausgerüstet. Zusätzlich dazu wurden in verschiedenen Bereichen wie in der Logistik, Technik oder auch für das Büropersonal SAP-Lösungen eingeführt, die auf mobilen Plattformen wie Smartphones und/oder Tablets Anwendung finden. Daher wurde im Jahr 2019/2020 eine Ausschreibung für die Ausrüstung (inklusive Lifecycle Management) mit mobilen Geräten durchgeführt. Der Vertrag, der aufgrund der Ausschreibung abgeschlossen wurde, trat im Jahr 2020 in Kraft und läuft Ende 2023 aus. Die alten Geräte werden wieder eingesammelt und an den bisherigen Anbieter zurückgegeben. Deshalb werden ab Anfang des Jahres 2024 planmässig wieder rund 2500 Angestellte mit neuen mobilen Geräten (Mobile Devices) ausgerüstet werden. (615/2024)

In der «Städte-Allianz Öffentlicher Verkehr Ost- und Zentralschweiz» (Städte-Allianz) engagiert sich die Stadt Zürich gemeinsam mit den Städten Luzern, Schaffhausen, St. Gallen, Winterthur und Zug seit 2008 für den raschen und nachhaltigen Ausbau der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs im Metropolitanraum Zü-

rich. Die Städte-Allianz setzt sich durch unterschiedliche Massnahmen auf nationaler Ebene für eine rasche Realisierung der nötigen öffentlichen Verkehrsprojekte ein. Bisher wurde die Stadt in der Städte-Allianz durch die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements vertreten. Eine Abordnung durch den Stadtrat ist nicht erfolgt.

Themen des öffentlichen Verkehrs sind organisatorisch grundsätzlich beim Departement der Industriellen Betriebe zugeordnet. Aufgrund der fachlichen Zuständigkeit soll daher zukünftig der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe die Interessen der Stadt in der Städte-Allianz vertreten. (614/2024)

Die Volksinitiative «Ja zu 20 Prozent Alterswohnungen in städtischen Liegenschaften» wurde am 17. Januar 2024 mit 5106 Unterschriften (Angabe Initiativkomitee) eingereicht. Mit Stadtratsbeschluss Nr. 2631/2023 wurde festgestellt, dass Titel, Begründung und Unterschriftenliste den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Gleichzeitig wurde das Datum der Veröffentlichung im *Städtischen Amtsblatt* auf den 20. September 2023 festgelegt und vorgemerkt, dass die sechsmontatige Sammelfrist gemäss § 125 Abs. 2 Gesetz über die politischen Rechte (GPR, LS 161) i.V.m. Art. 27 Kantonsverfassung (LS 101) mit diesem Tag zu laufen beginnt und somit am 20. März 2024 endet. (672/2024)

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Wir haben – nicht zuletzt dank eurer Unterstützung am Sonntag mit dem Ja zur 13. AHV-Rente einen historischen Sieg errungen. Dafür sei euch zunächst allen gedankt.

Doch die Kaufkraft der Bevölkerung im Kontext von steigenden Kosten bleibt ein zentrales Thema der Gewerkschaften. Im Mai wird die Frage der Krankenkassenprämien im Fokus stehen. Der Anstieg um 8,7 Prozent auf Anfang Jahr unterstreicht auf schmerzhafter Weise die problematische Finanzierung über die unsozialen Kopfprämien. Gleichzeitig haben viele Kantone ihre Budgets für Prämientlastungen zurückgefahren und senken stattdessen die Steuern für Gutverdienende. Schliesslich kommt im Juni die wichtige Volksinitiative zur Abstimmung, welche die Prämien auf 10% des Einkommens deckeln will.

Gleichzeitig sind die Löhne immer noch ein zentrales Thema. Mit guten Abschlüssen konnte auf Anfang 2024 die Teuerung zwar mehrheitlich aufgefangen werden. Aber die Reallöhne

stagnieren immer noch, obwohl die Arbeitnehmenden in der Schweiz produktiver werden. Der Ausgleich des Einkommensrückstandes wird ein wichtiges Ziel der Gewerkschaften im Hinblick auf den Lohnherbst sein. Nach Jahren der rekordhohen Profite und Dividenden braucht es endlich kräftige Lohnerhöhungen.

Deshalb hat der SGB-Präsidialausschuss folgenden 1.-Mai-Slogan beschlossen:

Prämien runter, Löhne rauf!

Baisser les primes, augmenter les salaires!

Abbassare i premi, aumentare i salari!

Der Slogan verbindet das Thema Krankenkassenprämien mit der breiteren Einkommensfrage und zeigt klar: Es ist Zeit für eine Entlastung der Arbeitnehmenden und für eine Aufwertung ihrer Arbeit. Dem oft geäusserten Wunsch nach einem politischen und gewerkschaftlichen Fokus wird dadurch Rechnung getragen.

Mit kollegialem Gruss

Benoît Gaillard, Urban Hodel (SGB)

Kanton Zürich: Umsetzung Pflege-Initiative

Erster Schritt in die richtige Richtung

Die Zürcher Regierung hat die gesetzlichen Vorgaben zur Umsetzung der Pflege-Initiative 1. Etappe zuhänden des Kantonsrates verabschiedet. Die sogenannte Ausbildungsoffensive soll mit drei Teilprojekten gelingen, wofür der Kanton über die nächsten 8 Jahre knapp 100 Millionen Franken investieren will, also jährlich 12,5 Millionen Franken.

Bereits im Jahr 2029 braucht es 8200 Pflegefachkräfte HF und FH. Das sind 40 Prozent mehr, als die 5900 Studierenden, die unter den aktuellen Bedingungen ausgebildet werden können. Für eine Förderung der Lehre Fachfrau/-mann Gesundheit (FaGe) ist mit den Plänen der Regierung noch nichts getan. Mit den vorgesehenen 100 Millionen Franken in 8 Jahren orientiert sich die Regierung kleinkrämerisch an der Mitfinanzierung des Bundes. Dieser verdoppelt jeden kantonal investierten Franken, jedoch bis zu einem noch nicht definitiv genannten Maximalbetrag pro Kanton. Der Regierungsrat schätzt diesen für Zürich auf rund 100 Millionen Franken. Der Kanton wäre aber natürlich frei, sich darüber hinaus finanziell zu engagieren.

Dies forderte der VPOD Zürich im Rahmen eines Begleitgremiums und in der Vernehmlassung zum entsprechenden kantonalen Gesetz. Ein grösseres kantonales Engagement ist insbesondere nötig, um auch die Ausbildung FaGe fördern zu können. Diese wird von der Pflegeinitiative zwar nicht explizit berücksichtigt. Sie

ist aber eine der Voraussetzungen dafür, dass sich mehr Personen in einem HF-Studium weiterbilden. Mit Teilprojekt 1 beteiligt sich der Kanton finanziell (etwa 47 Millionen Franken) an zusätzlichen praktischen Ausbildungsplätzen in den Betrieben und an der Qualität der Ausbildung. Der VPOD erachtet es als zentral, dass die Betriebe dem Kantonsrat Rechenschaft darüber geben werden, wie die Unterstützung vollumfänglich in die Ausbildung fliessen, u. a. indem die Berufsbildner*innen doppelt so viel Zeit wie aktuell (11% des Pensums) für die Studierenden aufwenden können. Die Betreuung ist entscheidend, da viele Studienabbrüche aufgrund mangelnder Begleitung (und Wertschätzung) während der praktischen Ausbildung erfolgen. Teilprojekt 2 ist mit 9 Millionen Franken dotiert und soll die Abschlüsse an den Höheren Fachschulen (HF) steigern und die Abbrüche senken. 45 Millionen Franken sollen mit Teilprojekt 3 im Rahmen von Förderbeiträgen direkt an die Studierenden HF und FH fliessen, damit sie sich ein Pflegestudium überhaupt leisten können. Der VPOD fordert, dass für den Bezug kein Mindestalter verlangt wird, damit auch Schulabgänger*innen davon profitieren. Anzunehmen, dass sie ohnehin noch zu Hause leben würden und von den Eltern unterstützt werden, ist auch bei Erwachsenen unter 21 Jahren nicht mehr zeitgemäss. Der VPOD erachtet einen monatlichen Betrag von 1000 Franken als nötig, da

mit ein echter Anreiz besteht. Dieser kantonale Beitrag darf keinesfalls Auswirkungen auf den Ausbildungslohn der Betriebe haben, da er sonst zweckentfremdet würde.

Neben der Finanzierung des Studiums ist dessen Qualität entscheidend. Studierende sind keine billige Arbeitskraft, sondern müssen während ihrer Praxiseinsätze Zeit haben für ihre Aufträge, Reflexionen und Lernbegleitung. In einer gemeinsamen Petition mit dem VPOD fordern Studierende von ZAG und ZHAW mindestens 4 Stunden Lernzeit pro Woche.

Der VPOD anerkennt die Bemühungen des Kantons, die Pflege-Initiative im Kanton zeitnah umzusetzen. Umso dringender ist es nun, die 2. Etappe der Umsetzung anzugehen. Diese betrifft die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der heutigen (und damit auch künftigen) Pflegekräfte. Es ist ein Konstruktionsfehler des Bundes, dass diese 2. Etappe nicht die erste war. Denn jede Ausbildungsförderung verläuft im Sand, wenn einerseits die aktuellen Pflegekräfte den Beruf weiterhin in Scharen verlassen und andererseits am Ende der Ausbildung unverändert Überlastung, Erschöpfung und fehlende Wertschätzung warten. Es braucht weniger Wochenarbeitszeit bei gleichem Lohn, ungestörte freie Tage, echte Pausen ohne Erreichbarkeit und endlich den Abbau administrativer Arbeitsberge. Katharina Prelicz-Huber, ehemalige Präsidentin des VPOD Schweiz und weiterhin gewerkschaftlich engagierte Nationalrätin Grüne hat gegenüber Tele Zürich für den VPOD Stellung genommen.

Stephanie Fuchs, Regionalsekretärin VPOD Zürich

Sammeltag EFAS-Referendum

(Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen)

Samstag, 23. März 2024

Treffpunkt 9.00 Uhr
beim «Treffpunkt» HB Zürich

organisiert von der GBKZ-Rentnerinnen-
und Rentner-Kommission

Wir treffen uns am
Samstag, 23. März 2024, 9.00 Uhr,
beim «Treffpunkt» HB Zürich
(grosse Uhr in der Halle).

Wir werden beim «Treffpunkt» vereinbaren,
wo wir Unterschriften sammeln;
Oerlikon Märt, Bahnhof Stadelhofen,
Bahnhof Tiefenbrunnen, Schwamendiger
Platz usw.

Sammelzeit 10 bis 12 Uhr –
Sammelbogen sind vorhanden.

Wir danken für eine Rückmeldung und
freuen uns, euch am vereinbarten
«Treffpunkt» begrüßen zu dürfen.

**GBKZ-Rentnerinnen-
und Rentner-Kommission**

Köbi Hauri und Mario Galli